

Bericht des Landrats zur Kreistagssitzung am Dienstag, den 28. August 2018

Stabsbereich Landrat

HELIOS / Krankenhausituation

Mit Schreiben vom 18. Mai 2018 wurde der Verwaltung (und hiernach veranlasste Weiterleitung an die Kreistagsfraktionen durch den Sitzungsdienst) von HELIOS die verbindliche Schließung der HELIOS-Klinik Bad Schwalbach zum 31. Mai 2018 mitgeteilt.

Zur Umsetzung der Kreistagsbeschlusslage vom 8. Mai 2018 fand am 26. Juni 2018 bei HELIOS ein Gesprächstermin statt. Aus dem Gespräch können folgende Ergebnisse abgeleitet werden:

- Die GBA-Richtlinien-konforme Einrichtung des Krankenhauses in Idstein (sechs Intensivbetten, davon drei mit Beatmung) soll zum 1. September 2018 abgeschlossen sein. Das entspricht dem bisherigen Standard am früheren Standort in Bad Schwalbach. Allerdings sollen keine dauerhaften Beatmungen in Idstein erfolgen. Diese würden dann voraussichtlich nach Wiesbaden verlegt werden.
- Das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) in Bad Schwalbach soll erhalten bleiben. Eine fachliche Erweiterung kann in Zukunft angedacht werden, sobald passende Sitze vonseiten der Kassenärztlichen Vereinigung zur Verfügung gestellt werden.
- Ein Notfallstützpunkt etc. (gem. Beschlusslage Kreistag) wird nicht errichtet werden können, da dieser strukturell nicht abbildbar sei, personell und räumlich nicht umsetzbar und medizinisch nicht sinnvoll.

Dies wird auch im Schreiben von HELIOS vom 2. August 2018 (Anlage) ausgeführt. Sehr knapp wird hierin auf eine Nicht-Machbarkeit dieses Vorhabens abgestellt, da HELIOS „keinen Versorgungsauftrag mehr“ habe. Nachfolgend wird auf das HMSI verwiesen, an das sich zu wenden sei, wenn kreisseitig das Vorhaben dennoch weiter (ohne HELIOS) verfolgt werden solle.

Aus vorangegangenen Gesprächen mit der Krankenhausaufsicht im HMSI ist bekannt, dass es dem Rheingau-Taunus-Kreis grundsätzlich offensteht, selbst derartige Krankenhausstrukturen zu errichten, auszustatten und zu betreiben. Dies sodann allerdings ohne weitere Zuwendungen des Landes, wie sie bspw. aus dem Versorgungsauftrag gem. Krankenhausrahmenplan abgeleitet werden können.

Der Kreistag hat indes ebenfalls in der Sitzung vom 8. Mai 2018 die eigenständige Errichtung eines Krankenhauses durch den Landkreis abgelehnt.

Es werden daher verwaltungsseitig die beschlossenen kleinteiligen Maßnahmen und hierbei insbesondere die Erstellung eines Versorgungsgutachtens (siehe nachfolgend) für den gesamten Rheingau-Taunus-Kreis verfolgt. Die Prüfung der Möglichkeiten erweiterter Strukturen am Standort der früheren HELIOS-Klinik in Bad Schwalbach hat somit keinen erfolversprechenden Ansatz zum Ergebnis.

Beauftragung des Gutachtens zur Gesundheitsversorgung

Im Ausschreibungsverfahren für das Gutachten zur Gesundheitsversorgung (KT-Beschluss vom 8. März 2018) wurden sieben Gutachter um die Abgabe eines Angebotes gebeten. Es ist nur ein wertbares Angebot von der trinovis GmbH eingegangen. Am 13. August 2018 hat der Kreisausschuss beschlossen, das Gutachten an die trinovis GmbH zu vergeben. Der Auftragswert beträgt 193.375 Euro, davon werden 174.038 Euro vom Land Hessen als Fördermittel bereitgestellt. Die Ergebnisse des Gutachtens werden voraussichtlich Ende des Jahres vorliegen.

Kompensation von Hallenbenutzungsgebühren

Das Hessische Ministerium der Finanzen hat mit Schreiben vom 28. Juni 2018 dem Austausch der Maßnahme „Kostenbeitrag zur Nutzung kreiseigener Sporthallen“ gegen die Reduzierung des Zuschusses an die RTV mbH in Höhe von nunmehr jährlich 1.000.000 Euro ab dem Jahr 2019 zugestimmt, nachdem im Jahr 2017 bereits 500.000 Euro und im Jahr 2018 weitere 250.000 Euro als Kompensationsmaßnahme genehmigt wurden.

Die Gesellschafterversammlung der RTV GmbH hatte am 11. April 2018 diese vorgesehene nochmalige Reduzierung der Zuschusszahlung durch den Rheingau-Taunus-Kreis für das Jahr 2019 zustimmend zur Kenntnis genommen. Diese Reduzierung der Zahlungen des Kreises wurde im Schlussbericht des Landesrechnungshofes zur 205. Vergleichenden Prüfung „Betätigung bei Verkehrsgesellschaften II“ vom 13. April 2018 (S. 4/8) ausdrücklich empfohlen, um den Rheingau-Taunus-Kreis als Schuttschirmkommune auf dem Abbaupfad weiter zu unterstützen.

Hofgut Gassenbach, Idstein

Das verwaltungsseitige Schreiben an den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 10. April 2018 (vgl. Bericht zum KT am 8. Mai 2018) ist bisher inhaltlich unbeantwortet geblieben. Die begleitende Prüfung, ob eine Kooperation zwischen der betreibenden Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH und der ProJob GmbH zur Verstetigung der Maßnahmen vor Ort sinnvoll und zielführend ist, führte in Abstimmung zwischen ProJob GmbH und Kommunalem JobCenter zu keinem positiven Ergebnis. Es besteht kein Bedarf an entsprechenden Qualifizierungs- und Ausbildungsangeboten für die Zielgruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II.

Überdies erfordert die aktuelle Situation der ProJob die Bündelung aller verfügbaren Ressourcen im Unternehmen selbst. Ein mit nicht kalkulierbaren wirtschaftlichen Risiken verbundenes Engagement ist damit derzeit nicht zu vertreten.

Strategie zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums im Rheingau-Taunus-Kreis

Nachdem der Kreistag die Strategie zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums am 8. Mai 2018 zur Kenntnis genommen hat, wurde mit der Umsetzung der Strategie begonnen. Zum Themenfeld 1: Wissenstransfer in die Kommunen fand am 13. Juni 2018 die Auftaktveranstaltung mit den Bauamtsleitern statt, in der die Strategie erläutert wurde.

Im nächsten Gespräch am 4. Oktober 2018 werden von einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Fördermöglichkeiten und die Konzepte des Landes Hessen für den Wohnungsbau vorgestellt. Parallel dazu hat im Mai 2018 die Bauaufsicht einen Dialogprozess mit den Bauamtsleitern zum Themenfeld 3: Weitere Prozessoptimierung in der Kreisverwaltung gestartet.

Machbarkeitsstudie zur Biosphärenregion

Neben der inhaltlichen Arbeit in einer Steuerungsgruppe und in Arbeitsgruppen ist im Rahmen der Machbarkeitsstudie eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen. Der erste Schritt der Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein Bürgerforum, das am 30. August 2018 von 17-19 Uhr in der Cafeteria des Kreishauses stattfinden wird. Detaillierte Informationen zur Machbarkeitsstudie erhalten Sie hier: www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de.

Tourismuskonzept

Am 8. März 2018 hat der Kreistag beschlossen, ein Tourismuskonzept für den Rheingau-Taunus-Kreis aufzustellen. Dazu wurde von der Verwaltung eine Arbeitsgruppe zur Neustrukturierung des Tourismus einberufen. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus

- Vertretern aller Kreistagsfraktionen,
- Bürgermeistern aus den drei Kreisteilen Rheingau, Idsteiner Land und Aar,
- Vertretern des Zweckverbandes Rheingau und
- den Regionalmanagern der LEADER-Regionen Rheingau und Taunus

zusammen. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe haben sich darauf verständigt, vor allem die organisatorischen Fragen und die Fragen der Finanzierung des Tourismus zu beantworten. Das daraus resultierende Konzept soll dem Kreistag in seiner Sitzung am 18. Dezember 2018 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Bundesgartenschau 2029

Am 6. Dezember 2017 hat der Kreistag beschlossen, die Bundesgartenschau (BUGA) 2031 im Welterbe Oberes Mittelrheintal zu unterstützen. Da der ursprüngliche Bewerber für die BUGA 2029 seine Bewerbung zurückzog, hat am 25. Mai 2018 das Land Hessen beim Rheingau-Taunus-Kreis angefragt, ob eine Ausrichtung schon im Jahr 2029 Zustimmung findet. Der Kreisausschuss hat darüber in seiner Sitzung am 18. Juni 2018 beraten und der Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2029 zugestimmt. Zusätzliche Kosten für den Rheingau-Taunus-Kreis entstehen nicht. Abschließend wird die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Oberes Mittelrheintal im Oktober 2018 darüber entscheiden.

Ehem. Koepp-Werk in Oestrich-Winkel

Mit telefonischer Information vom 25. Juni 2018 hat die Stadtverwaltung Oestrich-Winkel mitgeteilt, dass vonseiten des Flächeneigentümers (Vita) ein Gutachten zur Bodenbelastung des Werksgeländes in Auftrag gegeben wurde.

Pressestelle / Social Media

Der Rheingau-Taunus-Kreis beabsichtigt, einen Account bei Facebook einzurichten. Dies dient der Verbesserung des Bürgerservice, da hier eine zusätzliche Kommunikations- und Informationsplattform geschaffen wird, die u. a. auch im Katastrophenfall schnell und umfassend wichtige Informationen verbreiten kann. Mit dem Ziel der Realisierung hat sich eine Arbeitsgruppe ausführlich mit dem Thema Social Media beschäftigt und auf Grundlage der Ergebnisse wurden ein Konzept sowie eine KA-Vorlage erstellt. Das Beteiligungsverfahren im Rahmen einer Dienstvereinbarung ist bereits eröffnet. Der Bereich Social Media wird von der Pressestelle wahrgenommen.

Wiederauszeichnung zum Fairtrade-Landkreis

Mit Schreiben vom 15. August 2018 erhielt der Rheingau-Taunus-Kreis von TransFair Deutschland die Urkunde zur erneuten Wiederauszeichnung als Fairtrade-Landkreis. Nach der Erstauszeichnung 2014 in Bad Schwalbach, der erneuten Prämierung 2016 in Idstein wird der Rheingau-Taunus-Kreis am 25. September 2018 in der Eltviller Burg seine Wiederauszeichnung feiern, gemeinsam mit der dann neuen Fairtrade-Stadt Eltville.

Fachbereich I – Zentrale Steuerung

Hessenkasse

Am 8. August 2018 haben die Kreisbeigeordneten Herr Dr. Koch und Frau Merkert den Bewilligungsbescheid über die Ablösung von Kassenkrediten durch die Hessenkasse entgegengenommen.

Dem Rheingau-Taunus-Kreis wurde ein Ablösungshöchstbetrag von 328.500.000 Euro gewährt. Am 17. September 2018 erfolgt der Schuldnerwechsel für die ersten vier Kassenkredite. Hierbei handelt es sich um Kredite mit einer mehrjährigen Laufzeit, bei denen die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) in unsere Verträge mit vier Banken (insgesamt 175 Mio. Euro) im Wege des Schuldnerwechsels eintritt.

Die übrigen vier Kassenkredite in Höhe von insgesamt 153,5 Mio. Euro werden am 17. Dezember 2018 durch die WI-Bank abgelöst. Bei diesen Krediten erwirtschaften wir bis zu diesem Zeitpunkt noch Negativzinsen.

Im Gegenzug zu der Kreditübernahme durch die Hessenkasse sind durch den Kreis 30 Jahre lang, von 2019 bis 2048, 25 Euro pro Jahr und Einwohner, d.h. 4.602.850 Euro jährlich an das Sondervermögen „Hessenkasse“ zu zahlen. Der Betrag wird mit Zahlungen des Landes an den Kreis verrechnet. Insgesamt sind 138.085.500 Euro aufzubringen.

Zudem ist der Kreis verpflichtet, den Ergebnis- und Finanzhaushalt ab dem Haushaltsjahr 2019 auszugleichen und die ordentliche Tilgung von Krediten sowie den Beitrag zum Sondervermögen „Hessenkasse“ grundsätzlich aus Mitteln der laufenden Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften und somit eine Fremdfinanzierung zu vermeiden.

Kultur / Leseförderung

Damit Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen der Zugang zu Büchern ermöglicht wird, müssen die vorhandenen Bibliotheken auf dem Weg zu einem Ort der Kommunikation und zu einem Treffpunkt unterstützt werden. Dazu kann auf positive Entwicklungen im Kreisgebiet verwiesen werden.

Das Hessische Wissenschaftsministerium hat Fördergelder für Bibliotheken in Rüdesheim und Walluf bewilligt.

2017 hat sich die Gemeindebücherei Walluf mit einem neuen Konzept, das in Zukunft Kinder von 0 bis 10 Jahren und Leseförderung in den Fokus nimmt, auf den Weg gemacht ein attraktiver Lese-Ort zu werden. Dank Landes- und Eigenmitteln und mit fachberatender Unterstützung des Kreises ist eine ‚Schiffchenbibliothek‘ direkt am Rhein, die im Mai dieses Jahres eröffnet wurde, entstanden. Auf Antrag der Gemeinde (auch dabei hat der Kreis tatkräftig unterstützt) sind nun weitere Finanzmittel vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst nach Walluf geflossen. Die Gemeinde erhielt einen Förderbescheid in Höhe von 6.125 Euro, um weitere Schritte des Konzeptes zu verwirklichen.

Auch für Rüdesheim hatte der Kreis zusammen mit dem Trägerverein der Stadt- und Schulbücherei Rüdesheim am Rhein an der Hildegardisschule einen Förderantrag gestellt. Das Ministerium bewilligte nun einen Betrag von 11.865 Euro. Damit soll der derzeitige Medienbestand erweitert und auch in digitale Angebote investiert werden.

Mit der Förderung der Bibliotheken wird das Lesen unterstützt, denn Lesen ist der Schlüssel zu Bildungserfolgen. In Zeiten, in denen laut neuester Studie 19 Prozent der Viertklässler nicht ausreichend sinnentnehmend lesen können, gewinnen Bibliotheken weiter an Bedeutung. Die Förderung von Bibliotheken ist eine klare Investition in Bildung und in Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft, unabhängig von sozialer Herkunft.

Sporthalle der Aartalschule, Michelbach

An mehreren Holzleimbindern an der Hallendecke sind Längsrisse festgestellt worden, so dass eine Hallensperrung verfügt werden musste. Nach einer ersten Begutachtung wurde der am stärksten in Mitleidenschaft gezogene Balken abgestützt.

Für die notwendige Begutachtung mittels Kernbohrungen ist ein Flächengerüst nötig; es ist sinnvoll, dass dies auch für die Sanierungsarbeiten genutzt wird. Derzeit läuft das Vergabeverfahren. In diesem Jahr wird die Halle nicht mehr freigegeben werden können.

Fachbereich II – Leistungsverwaltung

Fachdienst Soziales

Neben der medizinischen ist auch die pflegerische Versorgung immer schwerer sicherzustellen. Dies ist aktuell Thema der Expertengruppe „Ärztliche Versorgung, Pflege und Betreuung“ der Teilhabekommission. Dort wird berichtet über sich häufende Probleme bei der Versorgung/Nachsorge von Klienten/Patienten im ambulanten wie stationären Bereich. Bei letzterem steigt der behandlungspflegerische Bedarf vor allem für Patienten mit Keimen, Wunden, Tracheostoma, psychiatrischen Auffälligkeiten u.a. Teils wird über 50 Anfragen berichtet, bevor eine stationäre Aufnahme erfolgen konnte. Wohnortnahe Versorgung ist oft nicht mehr gewährleistet.

Es häufen sich Anfragen nach Aufnahme in stationäre Einrichtungen nach § 39 c SGB V (Patienten sind nicht auf Dauer pflegebedürftig, haben aber akuten Pflegebedarf, weil sie z. B. aufgrund einer Fraktur sechs Wochen nicht belasten dürfen). Solche Maßnahmen werden von der Krankenkasse nur für max. vier Wochen übernommen; es entstehen Versorgungslücken, die zuletzt vom Rheingau-Taunus-Kreis als Sozialhilfeträger zu leisten sind.

Auch Absagen von ambulanten Pflegediensten für ambulante Versorgung mehren sich. Kapazitäten sind nur eingeschränkt vorhanden und Versorgung kann nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprechend übernommen werden. So haben Pflegedienste Kapazitäten für eine Versorgung am Morgen, aber nicht für abends.

Fachdienst Kommunales JobCenter

Die Arbeitslosenquote im Rheingau-Taunus-Kreis liegt im Juli 2018 mit 4,1% weiterhin unter der landesweiten Arbeitslosenquote von 4,7%. Bundesweit lag die Arbeitslosenquote im Juli bei 5,1%. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften hat sich im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2017 von 4.795 Bedarfsgemeinschaften auf 4.674 Bedarfsgemeinschaften reduziert. Die Zahl der in den Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen hat sich von 9.809 Personen um 325 auf 9.477 Personen verringert.

Im August 2018 beteiligte sich das Kommunale JobCenter erstmalig an einer Zeitarbeitsmesse in Wiesbaden. Die Teilnehmenden gaben durchweg positive Rückmeldungen.

Zum 1. August 2018 wurden gemeinsam mit der ProJob GmbH wieder Arbeitsgelegenheiten eingerichtet. Es wurden 25 Plätze in verschiedenen Tätigkeitsfeldern geschaffen. Gegenüber den früheren Arbeitsgelegenheiten unterscheiden sich diese durch eine ständige pädagogische Begleitung der Teilnehmer. Darüber hinaus enthält das neue Konzept auch Erprobungsphasen am ersten Arbeitsmarkt.

Modellprojekt Schulsozialarbeit an Grundschulen in Lorch und Aarbergen

Nach Beschluss des Jugendhilfeausschusses wurde nach erfolgter Ausschreibung die AWO Rheingau-Taunus e.V. mit der Umsetzung der Schulsozialarbeit an beiden Grundschulen beauftragt. Der Fachdienst Jugendhilfe arbeitet momentan mit dem freien Träger und den Schulleitungen an der Umsetzung der Schulsozialarbeit vor Ort.

Fachdienst Flüchtlingsdienst, Migration

Die Reduzierung von Unterbringungsplätzen wird durch Schließung von Unterkünften der Städte und Gemeinden und des Kreises weiterhin konsequent betrieben. Auf Wunsch der Gemeinde Schlangenbad wird noch im August 2018 die gemeindliche Unterkunft in der Wiesbadener Straße aufgelöst; alle Bewohner können in kreiseigenen Unterkünften aufgenommen werden. Im September wird die Unterkunft Mainstraße, Schlangenbad, ebenfalls aufgelöst.

Stille Helden

„Stille Helden – Jugend ehrt Jugend“ wurde durch unser Jugendbildungswerk und die Stadtjugendpflege Bad Schwalbach initiiert und im vergangenen Jahr bereits erfolgreich durchgeführt. Das Jugendprojekt findet in diesem Jahr erneut statt.

Erklärtes Ziel ist es, neben der Ehrung von jugendlichem Engagement die Stärken, Talente und Potentiale junger Menschen zu finden, zu bündeln und wertzuschätzen. Ein Ehrenamtspreis wird in einem festlichen Rahmen an junge Preisträger übergeben. Bei der gesamten Planung, Organisation und Durchführung sind maßgeblich Jugendliche und junge Erwachsene beteiligt. Ganz im Sinne des Gedankens: Jugend ehrt Jugend.

Der diesjährige festliche Gala-Abend findet am 15. November 2018 im Kurhaus Bad Schwalbach statt. Vorschläge für die Nominierung Jugendlicher (16- bis 25-Jährige) können noch bis zum 31. August 2018 eingereicht werden.

Jugend stärken im Quartier (JUSTiQ)

Jugend stärken im Quartier wird im Rheingau-Taunus-Kreis seit dem 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2018 als Projekt mit dem Ziel durchgeführt, junge Menschen auf die Wieder(Aufnahme) von schulischer und beruflicher Bildung vorzubereiten. Der Rheingau-Taunus-Kreis hat sein Interesse für die zweite Förderphase vom 1. Januar 2019 bis 30. Juni 2022 bekundet, um die erfolgreiche Arbeit weiterführen zu können. Der Rheingau-Taunus-Kreis wurde zur Antragstellung aufgefordert. Aktuell wird an der Ausgestaltung des Antrages gearbeitet.

Bundesprogramm Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Der Bund fördert bundesweit lokale Partnerschaften für Demokratie. Das Bundesprogramm will ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene fördern. Vereine, Projekte und Initiativen werden unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus und Antisemitismus arbeiten.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat sein Interesse zur Teilnahme am Bundesprogramm bekundet und ist für das Jahr 2019 zur Antragstellung aufgefordert worden. Der Fachdienst Jugendhilfe arbeitet aktuell an der Ausgestaltung des Antrages.

Untersuchung zur Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Rheingau-Taunus-Kreis

Die Jugendhilfeplanung hat im ersten Halbjahr 2018 eine Bestandsaufnahme und Analyse der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Rheingau-Taunus-Kreis erarbeitet und im letzten Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Dabei sind „weiße Flecke“ deutlich geworden, die mit belasteten Regionen in der Kinder- und Jugendhilfe korrespondieren. In Übereinstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss wird das Jugendamt in den kommenden Monaten auf einzelne Kommunen zugehen um mehr offene Angebote für Kinder und Jugendliche anzuregen.

Fachbereich III – Ordnungsverwaltung

Erneute Stellungnahme der Verwaltung zum Berichtsantrag „Die Linke“

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 8. Mai 2018 unter TOP II.9 die Vorlage DS X/850 zur Kenntnis genommen. Zu den Fragen 3 bis 5 der Fraktion „Die Linke“ im Berichtsantrag 05/18 wurde mitgeteilt, dass mit Schreiben vom 20. März 2018 das Landesamt für Verfassungsschutz gebeten wurde, bei der Beantwortung dieser Fragen uns eine Stellungnahme zu übersenden.

Mit Schreiben vom 4. Mai 2018, Eingangsvermerk vom 9. Mai 2018 teilte uns das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen folgendes mit: „Was Berichtsanträge aus dem parlamentarischen Raum betrifft, beantwortet das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Anfragen des Hessischen Landtags, die das LfV über das Hessische Ministerium des Innern und für Sport erreichen und über diesen Weg zurück beantwortet werden. Daher bitte ich um Verständnis, dass wir Ihrem Wunsch nach Mitteilung um Erkenntnisse nicht grundsätzlich entsprechen können.“

Somit ist der Berichtsantrag 05/18 erschöpfend beantwortet.

Fachdienst Ausländerbehörde, Personenstand - Veränderte Zuständigkeit für Rückführungsmaßnahmen

Mit Inkrafttreten der neuen Zuständigkeitsverordnung zum 1. Juli 2018 sind die örtlichen Ausländerbehörden in Hessen für Rückführungsmaßnahmen auch außerhalb von asylrechtlichen Ablehnungen nicht mehr zuständig. Die Zuständigkeit für die Durchsetzung der Ausreisepflicht liegt nun bei den Regierungspräsidien als Bezirksordnungsbehörden.

Fachdienst Umwelt - Prüfung durch den Hessischen Rechnungshof

Der Hessische Rechnungshof führte am 30. Mai 2018 eine Prüfung bei der Unteren Wasserbehörde durch. Prüfgegenstand waren die ab 2010 bis 2015 beantragten und durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerstruktur am Emsbach. Der Rechnungshof bestätigte, dass die Verwendungsnachweisprüfungen der Untere Wasserbehörde ordnungsgemäß durchgeführt wurden.

Fachdienst Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienste - Einführung KATWARN

Derzeit wird die Ausschreibung der 0,5-Personalstelle vorbereitet, die zur Einführung eines solchen Systems zur Warnung der Bevölkerung unabdingbar ist. Bei der Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 6. Dezember 2017 sind derzeit noch vergaberechtliche Fragestellungen mit der Zentralen Vergabestelle abzustimmen, da es zwischenzeitlich mehrere Anbieter auf dem Markt gibt.

Fachdienst Verkehr

K 691 Ausbau der OD Idstein-Wörsdorf

Die Submission für die Arbeiten ist erfolgt. Vorbehaltlich der Prüfung der Angebote hat die Firma Schäfer das wirtschaftlichste Angebot (rd. 1,34 Mio. Euro) abgegeben. Hiervon hat der RTK voraussichtlich rd. 350.000 Euro netto zzgl. eines Kostenanteils für die Allgemeinkosten zu tragen.

Stellungnahme der Verwaltung zum Berichtsantrag Nr. 13/18 der AfD Fraktion zum Thema Transporte für Windenergieanlagen

Die Stellungnahme der Verwaltung ist mit der Drucksachennummer X/728 in den Sitzungslauf gegeben worden und wird zur nächsten Kreistagssitzung vorliegen.

Fachdienst Bauaufsicht, Denkmalschutz

Mit Einführung der HBO 2002 und dem Hessischen Denkmalschutzgesetz 2016 sind die Fristen für Stellungnahmen und Bescheide verkürzt worden. Die neuen Fristen haben sich als zu kurz herausgestellt. Aus diesem Grunde wird derzeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege eine Verwaltungsvereinbarung erarbeitet, die die Bearbeitung vereinfachen und beschleunigen soll.

Digitalisierung

Die neue HBO 2018 hat den Weg zur Digitalisierung beim Baugenehmigungsverfahren erleichtert. Aus diesem Grunde soll nicht mehr nur die Bearbeitung der Anträge im Hause am PC erfolgen, sondern bereits die Antragstellung digital erfolgen. Unter dem Stichwort „Papierloses Büro“ werden derzeit die Versionen von verschiedenen Anbietern gesichtet und auf die Nutzbarkeit für den RTK geprüft. Im Jahre 2019 soll ein erster Bereich ganz auf diese Möglichkeit umgestellt werden. Dieser erste Schritt wird die Eingänge der „genehmigungsfreigestellten Vorhaben nach § 64 HBO“ betreffen.

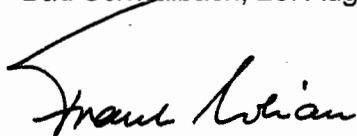
Fachdienst Ordnungs- und Kommunalaufsicht, Wahlen - Landtagswahl am 28. Oktober 2018

Nach Ablauf der Einreichungsfrist liegen nachfolgende Kreiswahlvorschläge vor:

Wahlkreis	Bewerberin / Bewerber	Partei
28	Petra Müller-Klepper	CDU
29	Peter Beuth	CDU
28	Sebastian Busch	SPD
29	Marius Weiß	SPD
28	Klaus Stolpp	GRÜNE
29	Kai Klose	GRÜNE
28	Petra Heimer	DIE LINKE
29	Jan Beyersdörfer	DIE LINKE
28	Björn Sommer	FDP
29	Stefan Müller	FDP
28	Dr. Frank Grobe	AfD
29	Klaus Gagel	AfD

In der Vorprüfung ergaben sich keine Mängel. Über die endgültige Zulassung entscheidet der Kreiswahlausschuss in seiner Sitzung am 31. August 2018.

Bad Schwalbach, 28. August 2018



Frank Kilian

li → KA/KT!

KB Merkert / ST Kope

Helios Region Mitte
Ludwig-Erhard-Straße 100 • 65199 Wiesbaden

Herrn
Landrat Frank Kilian
Heimbacher Str. 7

65307 Bad Schwalbach

IBL in II

Regionalgeschäftsführerin
Corinna Glenz
Tel +49 611 43-9000
Fax +49 611 43-3363

IBL II

corinna.glenz@helios-gesundheit.de
www.helios-hsk.de

SL 14.8
13.8

30.07.2018

Sehr geehrter Herr Landrat Kilian,
sehr geehrte Frau Merkert,

wir haben Ihr Schreiben vom 16. Mai 2018 erhalten und daraufhin ein Treffen zwischen Ihnen beiden, Frau Dr. Klein, Herrn Bachmann und meinen Kolleginnen Frau Dr. Heesemann, Frau Henek und mir organisiert. In diesem Treffen haben wir Sie bereits über unsere Stellungnahme mündlich informiert und möchten dies nun auf dem schriftlichen Weg nachholen.

In Idstein planen wir zum 1. September 2019 eine Ausstattung in der Notfallversorgung gemäß den GBA-Richtlinien. Dies bedeutet, dass zu diesem Zeitpunkt eine 6-Betten Intensivstation zur Verfügung stehen wird, bei der auf drei Plätzen beatmet werden kann. Wir haben Ihnen auch erläutert, dass wir in Idstein Patienten nicht über längere Zeiträume beatmen werden, sondern diese Patienten stabilisieren und, sofern der Beatmungsbedarf weiterbesteht, in eine Klinik mit einer höheren Versorgungsstufe verlegen. Dieses Vorgehen ist mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) abgestimmt. Derzeit führen wir weiterhin die Notfallversorgung so durch, wie wir dies auch in den letzten Jahren getan haben. In IVENA sind die Krankheitsbilder hinterlegt, die wir versorgen können. Das Medizinische Versorgungszentrum in Bad Schwalbach bleibt, so wie auch stets kommuniziert, bestehen. Wenn sich uns die Möglichkeiten bieten, dieses zu erweitern, dann werden wir dies sehr wohlwollend prüfen. Um das MVZ auszubauen, benötigen wir freie KV-Sitze und sind für entsprechende Hinweise dankbar und offen.

Die Einrichtung eines Notfallstützpunktes, so wie Sie ihn charakterisiert haben, ist nicht machbar, denn wir haben keinen Versorgungsauftrag mehr. Wenn Sie dieses Vorgehen weiter verfolgen wollen, dann müssen Sie sich an das HMSI wenden.

Mit freundlichen Grüßen



Corinna Glenz
Regionalgeschäftsführerin
Helios Region Mitte